

Zusammenhalt, Ressentiment und Solidarität in biographischen Erzählungen über die Nachwendezeit

Mathias Berek

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Spannungsverhältnisse in der deutsch-deutschen Nachwendegesellschaft«

In einer Gesellschaft unter Spannung vergeht kein Tag, an dem sich Politik und Öffentlichkeit nicht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen würden. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2020 das Forschungsinstitut für Gesellschaftlichen Zusammenhalt gegründet. In diesem Rahmen startete auch ein Forschungsprojekt zur Nachwendezeit, das hier mit ersten vorläufigen Ergebnissen vorgestellt werden soll.¹

Die Relevanz der Nachwendezeit

Warum sind die 1990er Jahre so interessant für Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Die naheliegende Antwort auf diese Frage besteht in einem Hashtag: #baseballschlaegerjahre. Der ZEIT-Autor Christian Bangel hatte Twitter-User*innen damit aufgerufen, ihre Erfahrungen mit Nazi-gewalt in der Nachwendezeit zu teilen (Bangel 2019). Er erhielt einen überwältigenden Rücklauf. Zwar wird der Hashtag inzwischen auch in Werbe-Tweets für Baseball-Sportswear benutzt, aber selbst das darf als Anzeichen des Erfolgs verstanden werden, dass der Begriff und das Thema in der Öffentlichkeit eine weite Verbreitung gefunden haben. Nach langem Beschweigen ist die Erkenntnis auch im Mainstream der deutschen Medien angekommen, dass auf Wende, Währungsunion und Vereinigung auch eine Zeit der blutigen Renationalisierung folgte. Die Welle des nationalen Rauschs nach der Siegermächte-zertifizierten Wiedergründung eines gesamtdeutschen Staates hatte manche „national befreite Zone“ im Osten, einen gesamtdeutschen Rechtsruck, den Aufschwung der organisierten Neonazi-Szene und eine dreistellige Anzahl von im Namen der Nation Ermordeten mit sich gebracht.

Durch die Besorgnis um den Zusammenhalt angesichts der AfD-Wahlergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern, aber auch wegen der 30. Jahrestage der Wende- und Vereinigungs-Ereignisse erhält auch ein anderes Thema wieder mehr publizistische Aufmerksamkeit: die für einen großen Teil der Bevölkerung der ehemaligen DDR mit negativen bis traumatischen Erfahrungen verbundene

¹ Das hier vorgestellte Forschungsprojekt ist ein gemeinsames Projekt des Autors und von Felix Axster, ebenfalls Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin. Die hier verwendeten Interviews basieren auf dieser gemeinsamen Arbeit.

Transformation und Abwicklung der DDR-Wirtschaft. Das Stichwort hier meist, ohne Hashtag: Treuhandanstalt.

Dennoch wird es noch dauern, bis die Dominanz der Erfolgsgeschichte von Mauerfall, Ende der Einparteien-Diktatur und Deutscher Einheit auch in den Schulbüchern endet. Wenn überhaupt. Dabei kann die Wirkung der 1990er Jahre auf die Gegenwart kaum überschätzt werden. Zweifellos haben die meisten Menschen in Ostdeutschland viele positive Erfahrungen in der Nachwendezeit gemacht. Aber in dieser Dekade wurzelt auch die Kritik an mangelnder Anerkennung ostdeutscher Erfahrungen und an der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in den Leitungspositionen Ostdeutschlands (Kollmorgen 2009; Gebauer et al. 2017). Auf den Entscheidungen und Versäumnissen der 1990er fußen die Defizite des Demokratieverständnisses und der politischen Kultur in den Staatsapparaten und Gesellschaften Ostdeutschlands.

Und mit den demotivierenden Erfahrungen der 1990er wird auch die zweite große Abwanderungswelle von Ost nach West erklärt, die um die Jahrtausendwende einsetzte. Denn auf die Anfangseuphorie, einen autoritären Staat gestürzt zu haben, folgte die unmittelbare Nachwendezeit mit ihren zwar massiven, aber erfolglosen Sozialprotesten, die sich unter anderem gegen Betriebsschließungen gerichtet hatten. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm die Enttäuschung über die Erfahrung neuerlicher politischer Ohnmacht zu, verbunden mit einer Skepsis gegenüber den neu etablierten Institutionen. Die Abwanderung stoppte erst 2017 (Zeit Online 2019; Hannemann 2019).

Gleichzeitig wirken auch der rechte Terror und die Pogromstimmung der 1990er Jahre bis heute nach. Die aktiven Neonazis der Baseballschlägerjahre haben Terrororganisationen wie den NSU, völkische Siedlungen und schlicht auch Familien gegründet. Manche von ihnen sind für Parteien wie die NPD oder die AfD als Abgeordnete oder Mitarbeiter*innen in die Parlamente eingezogen. Und sie erproben recht erfolgreich, ob sie im Rahmen der Coronaleugnungs-Szene auf die gleiche Weise auf wohlwollende Akzeptanz durch Behörden und Zivilgesellschaft zählen können wie damals durch die „akzeptierende Sozialarbeit“. Auch für die Opfer hat sich an den empathielosen und distanzierten Reaktionsmustern der Mehrheitsgesellschaft auf rechten Terror nur wenig geändert. Nach dem antisemitischen Anschlag 2019 in Halle zum Beispiel behandelte die Polizei die in der Synagoge ausharrenden Juden und Jüdinnen teilweise wie Täter*innen, in der Öffentlichkeit stand das stolze deutsche Handwerk in Form der stabilen Eingangstür im Mittelpunkt, traumatisierten jüdischen Opfern wurde im Nachhinein das BaFöG gekürzt, weil sie nicht mehr arbeiten gehen können, und den Angestellten des Döner-Imbisses, die vom Täter verletzt wurden, wurde der Opferstatus ganz abgesprochen.

Doch die Betrachtung der Nachwende-Dekade läuft schnell Gefahr, sich zu sehr auf den Osten des Landes zu fokussieren. Zwar lässt es sich gut begründen, dass Transformationserfahrungen vor allem im Osten gemacht wurden, aber eben nicht generell. Rechte Gewalt mit Toten gab es auch im Westen der Republik. Für nicht wenige Westdeutsche mit migrantischer Familiengeschichte waren nicht die Pogrome von Rostock und Hoyerswerda die einschneidenden Ereignisse. Sie begannen, sich ernsthaft bedroht zu fühlen, als die Morde von Mölln und Solingen passierten. In den 1990ern wurden manche Fortschritte migrantischer Interessenpolitik der 1980er wieder zunichte gemacht (Lierke, Perinelli 2020). Die weitgehende Abschaffung des Asylrechts mit der Grundgesetzänderung 1993 war ein gesamtdeutsches Projekt und Problem. Und die Ressentiments gegenüber den ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘ aus den neuen Bundesländern ähnelten denen aus der Nachkriegszeit gegenüber den sogenannten Vertriebenen.

Letztlich wurzelt der objektifizierende Fokus auf den Osten als hauptsächliche Problemzone der 1990er Jahre in der mangelnden Selbstreflexion der westdeutschen Perspektive. Die Selbstverständlichkeiten westdeutscher Biographien und Sichtweisen waren damals wie heute die unsichtbare Norm,

die sich niemals selbst in Frage stellt, weil sie sich schlicht nicht wahrnimmt. Ähnlich wie bei der kritischen Reflexion der unsichtbaren vermeintlichen Normalitäten der rassistischen Perspektive („weiß“ als „normal“), braucht es, in den Worten Heiner Schulzes, eine Art „Critical Westness“ (Schulze 2019).

Für die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gegenwart sind die 1990er Jahre zentral. Zusammenhaltsvorstellungen waren materiell oder national ausgerichtet. D-Mark und ‚Deutschland einig Vaterland‘. Solidarität im Sinne einer gegenseitigen Fürsorge und Empathie aller Mitglieder der Gesellschaft war kein Teil des Projekts. Der ‚Solidaritätszuschlag‘ funktionierte nur als Zwangsabgabe. Das mag daran liegen, dass sich nationale Solidarität eben immer nur als Ressentiment gegen die konstruierten Anderen verwirklichen kann. Unter dieser Prämisse etablierte sich in vielen Regionen Ostdeutschlands ein undemokratischer rechter Konsens von Behörden und Gesellschaft, in der nicht die mordenden Nazis, stets aber die kritisierenden Antifas als Störenfriede galten. Und in diesem nationalen Deutungsrahmen von Zusammenhalt fuhren migrantische Gruppen im Fahrstuhl völkischer Hierarchien eine Etage nach unten, um über sich Platz für die dazu gestoßenen Osis zu machen.

Biographische Erzählungen über die Nachwendezeit

All das macht biographische Erzählungen über die Wende- und Postwendezeit so spannend für die Untersuchung von Zusammenhaltsnarrativen. Sie stehen im Osten in einem Spannungsfeld zwischen Erfahrungen von Selbstermächtigung und erfolgreichem Kampf um die Gestaltung der Gesellschaft auf der einen Seite und Erlebnissen von Ohnmacht, Entsolidarisierung und Hilflosigkeit gegenüber oft selbstgewählten Mächten auf der anderen, das Ganze flankiert von enthemmtem Nationalismus und Rassismus. Es bleibt dabei ein offenes Problem, in welchem Verhältnis Krise und Ressentiment stehen (Olschanski 2015). Dass aber Rassismus immer noch als vor allem ostdeutsches Problem wahrgenommen wird, oder dass die Wende- und Postwendezeit von vielen Westdeutschen kaum als individuell einschneidende Veränderung wahrgenommen wurden, spricht für die Persistenz von Zusammenhaltsvorstellungen, die an der alten Bundesrepublik orientiert bleiben. Hier ist eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Biographien vielversprechend. Gleichzeitig finden all diese Erzählungen unter dem Einfluss multipler, intersektionaler Ein- und Ausgrenzungslinien statt (vgl. die Debatte um Ost-Migrantische Analogien – Gutsche, Andersen 2019; Foroutan et al. 2019).

Das ist der Hintergrund unseres Projektes im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), dessen Berliner Teilinstitut am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin verankert ist. Im Zentrum stehen zwei Fragen:

1. Welche Beziehungen bestehen zwischen den ost- wie west-biographischen Erfahrungen der Nachwendezeit und Ressentiments, (Ent-)Solidarisierung, Zugehörigkeitsgefühlen und -semantiken, sowie Institutionsvertrauen und -misstrauen in ökonomischen, sozialen und kulturellen Perspektiven?
2. Beeinflusst die (öffentliche) gesellschaftliche Geltung und Anerkennung von autobiographischen Erzählungen die Vorstellungen von Zugehörigkeit und sozialem Zusammenhalt?

Die theoretischen Grundlagen des Projekts liegen in der Erinnerungskultur-, Antisemitismus- und Rassismusforschung und in der Arbeitsdefinition gesellschaftlichen Zusammenhalts, die sich das FGZ in seinem Gründungsantrag gegeben hat:

„Der Begriff bezieht sich folglich auf Gemeinwesen, deren Mitglieder bestimmte positive Einstellungen zueinander und zu ihrem sozialen Gesamtkontext aufweisen, in dem sie als Handelnde in Praktiken und Beziehungen involviert sind, die einen (näher zu bestimmenden) Gemeinschaftsbezug haben, und sich in komplexe institutionelle Prozesse der Kooperation und Integration einfügen, die kollektiv diskursiv thematisiert und evaluiert werden. Zusammenhalt existiert dort, wo diese Ebenen eine bestimmte Qualität aufweisen und hinreichend übereinstimmen – in den Einstellungen, Handlungen, Beziehungen, Institutionen und Diskursen einer Gesellschaft.“ (Forst 2020, S. 44)

Die Untersuchung soll dabei zweigleisig durchgeführt werden. Zum einen soll sie Muster von Zusammenhalt, Solidarität und Ressentiment in den Narrativen zur Nachwendezeit identifizieren. Wir erwarten dabei nicht die einfache Bestätigung oder Widerlegung der bisher genannten Einschätzungen zu jener Dekade, sondern eine komplex sich überschneidende Vielfalt von Erzählungen, die gar nicht vorweggenommen werden können. Zum anderen soll die Studie die Effekte untersuchen, die es für Zusammenhaltsvorstellungen haben kann, wenn Menschen, deren Erzählungen bisher nicht gehört wurden, aus ihrem Leben erzählen können und ihnen dabei zugehört wird (vgl. Horst 2017). Es geht darum, die These zu überprüfen, dass eine Praxis der Anerkennung von Biographien als diskursive Thematisierung das Zugehörigkeitsgefühl und damit integrative Einstellungen in Bezug auf die Gesellschaft verstärken.

Dabei sollen biographisch-narrative Interviews ergänzt werden um eine kleine Anzahl von standardisierten Fragen, die sich im Rahmen der Arbeit des gesamten FGZ als relevant für Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt erwiesen haben. Die Interviewpartner*innen werden dabei zwar nicht repräsentativ ausgewählt, sollen aber dennoch eine gewisse regionale Verteilung und Streuung auf Stadt und Land aufweisen. Besonders wichtig ist hierbei der Fokus auf marginalisierte Gruppen, insbesondere die Opfergruppen der Baseballschlägerjahre: migrantische, jüdische, BPoC- und alternative bzw. linke Perspektiven. Abgesehen von der qualitativen Auswertung der Interviews sollen diese bei Einwilligung der Interviewten redaktionell bearbeitet und veröffentlicht werden. Präsentiert werden sie auf einer in Kooperation mit dem Konstanzer FGZ-Standort zu erstellenden Online-Plattform „Zusammenhalt erzählen – Geschichten von Solidarität, Konflikt und Krise“. Die Plattform ist konzipiert als eine die wissenschaftliche Untersuchung begleitende Intervention. In einer zweiten Welle von Befragungen bei einem Teil der Interviewten sollen die Zusammenhalts-bezogenen standardisierten Fragen erneut vorgelegt werden, um potenzielle Effekte der ersten Welle und des Online-Projekts beobachten zu können.

Erste Ergebnisse

Das Projekt steht erst am Anfang. Wie in vielen ähnlichen Forschungen hat die Corona-Pandemie den weiteren Ablauf massiv verzögert. Denn Interviews zu biographisch derart sensiblen Fragen wie existenziellen Umbrüchen und potenziellen Gewalterfahrungen benötigen eine gewisse Vertrauensbasis. Man muss gemeinsam mit den Interviewten ein Gesprächsklima zu schaffen, das auch emotional problematische Situationen auffangen kann. Das ist unseres Erachtens nicht per Telefon oder Videoschaltung zu realisieren, sondern bedarf des persönlichen Gesprächs.

Dennoch liegen aus der Vorphase des Projekts bereits erste Erkenntnisse vor (vgl. Axster, Berek 2020). In Sondierungen des Themas haben wir unter anderem Expert*innen-Interviews im Teilbereich

marginalisierter Gruppen geführt, in dem es um jüdische Perspektiven auf die Postwendezeit geht. Die Einschätzungen lassen sich unter drei Thesen zusammenfassen: Die 1990er waren auch für eine jüngere Generation jüdischer Deutscher geprägt von der Wahrnehmung als völkische Mobilisierung. Der Blick auf Wende und Postwende offenbart die Diversität und Komplexität ost- und westdeutscher Erinnerungskulturen. Und in den 1990er Jahren wurde die postmigrantische Realität immer sichtbarer, in der nicht nur die Kategorien jüdisch und migrantisch immer stärker zusammen hingen, sondern sich auch die Frage nach jüdisch-migrantischen Allianzen stellt.

Die Postwendezeit als völkische Mobilisierung

Die Wiedervereinigung wurde von einem Teil unserer Interviewpartner*innen als völkisches Projekt wahrgenommen. So beschrieb Max das gegenwärtige kollektive Erinnern als:

„eine Situation, in der wir erst jetzt wirklich damit anfangen, uns damit zu beschäftigen, welche unterschiedlichen Perspektiven es eigentlich auf 89/90 gegeben hat – jenseits der deutsch-deutschen Perspektive, die sagte: hier wächst zusammen, was zusammen gehört, Deutschland einig Vaterland. Diese ganze Idee der Wiedervereinigung beruht letztlich auf einem ethnisch-völkischen Konzept, wenn es heißt: wir sind ein Volk, was ja auch so viel heißt wie: Wir gehören als Volk zusammen. Und die frühen 90er zeigten eindrucksvoll, wer damit alles nicht gemeint war.“

Dimitrij, der in den 1990ern in Leipzig-Grünau aufwuchs, zieht dabei eine Linie von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen bis in die Gegenwart mit ihrem NSU-Terror und dessen Unterstützung in Behörden und Bevölkerung. Die Nazis der Baseballschlägerjahre sind seiner Meinung nicht einfach verschwunden:

„Die Elternhäuser, die sie aufgezogen haben, die Kultur, die Sozialisation – nichts davon ist verschwunden. Es wurde ja auch nie sanktioniert. Warum sollte diese Gesellschaft 25 Jahre später kuriert sein? Die Mehrheitsgesellschaft hat nie klar signalisiert: Hey, es ist nicht in Ordnung, Nazi zu sein, es ist nicht in Ordnung, rechtsextrem zu sein. [...] Das waren Neonazis aus Ostdeutschland, dieselben Leute, die vor 25 Jahren anderen Leuten Knarren an den Kopf gehalten haben und dann mit ihren Kumpels Bier saufen gegangen sind. Die haben ja nicht mit dem NSU angefangen.“

In den Schilderungen der älteren Generation wird die Betroffenheit komplexer. So hatte eine Vertreterin einer jüdischen Gemeinde in Ostdeutschland vor allem Angst um ihre Kinder, weil diese als Linke und Antifas gefährdet waren. Sie sei ganz froh gewesen, als diese dann nach Berlin gezogen seien. Bei Diskussionen in der Gemeinde wären angesichts der Zustände der frühen 1990er vor allem bei den Shoah-Überlebenden die alten Ängste sehr schnell wieder da gewesen. Viele der neu aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zugezogenen Juden und Jüdinnen dagegen hätten ein „zu positives Bild von Deutschland“ gehabt. „Die waren dann schon geschockt, als die Naziaufmärsche immer an der Synagoge vorbeigingen“.

Diversität und Komplexität ost- / westdeutscher Erinnerungskulturen

Im Einklang mit dem Stand der Forschung zum kollektiven Gedächtnis fanden auch unsere Interviewpartner*innen, dass es nicht *die* deutsche Erinnerungskultur gibt, sondern immer nur Erinnerungskulturen im Plural – und zwar auch innerhalb des verhältnismäßig kleinen deutschen Judentums. So David:

„Die Idee eines einheitlichen Gedenkens trifft nicht zu, weder für die pluralistische postmigrantische Gesellschaft, noch für die jüdische Gemeinschaft, die auch in sich sehr plural ist. [...] Gerade durch die Migrationserfahrungen gibt es sehr unterschiedliche Bezüge zu Nationalsozialismus und Holocaust. Es käme darauf an, ein pluraleres Gedenken zuzulassen, sowohl im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft als auch auf die jüdische Gemeinschaft.“

Der Mauerfall ist in dieser Pluralität ein ambivalentes Datum, ganz anders, als es die dominanten Erzählungen 30 Jahre später nahelegen. Viele migrantische Beobachter*innen erkannten relativ schnell die nationalchauvinistischen Tendenzen (vgl. aktuell die Beiträge in Lierke, Perinelli 2020). Auch die dominante Narrative über die Juden und Jüdinnen werden durch jüdische Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion in Frage gestellt. In deren Familiengeschichte war Opa eben kein Opfer, sondern Befreier. Ihr wichtigster Gedenktag ist nicht der 9. November als Tag der Erinnerung an die deutschlandweiten Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung 1938, sondern der 9. Mai, Djen Pobedyi, Tag des Sieges, als Erinnerung an den teuer bezahlten Triumph der Alliierten über Deutschland 1945. Ausgehend von diesen Realitäten in der jüdischen Bevölkerung Deutschlands heute meint Max:

„wir brauchen eine andere Erzählung über den 9. November und den 3. Oktober. Und ich glaube, es ist wichtig, dafür einen Raum zu schaffen, weil die vielfältige, postmigrantische Gesellschaft sonst systematisch aus der Erzählung dieser Demokratie ausgeschlossen bleibt, und wer ausgeschlossen bleibt, fühlt sich auch nicht verantwortlich. [...] [Man muss] in die Narration des 9. Novembers intervenieren, die darauf beruht zu sagen, der böse 9. November 1939, der gute 9. November Mauerfall, Schicksalstag der Deutschen usw. Zu dem einem Datum fängt das Unheil so richtig an, am anderen hört es so richtig auf.“

Gerade die Feier der Jahrestage des Mauerfalls erweist sich so als hochgradig partikuläre Veranstaltung, die es ermöglicht, die für den Nachfolgestaat des Dritten Reiches unangenehme Erinnerung an 1938 zu übertönen, ein Problem für beendet zu erklären und obendrein marginale Perspektiven weiter aus dem imaginierten Kollektiv der deutschen Gesellschaft auszuschließen. Das heißt nicht, dass die Interviewten nicht auch positive Entwicklungen deutscher Erinnerungskulturen anerkennen würden, etwa in Form des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Auch der Aufstieg der AfD beschreiben unsere Interviewpartner*innen durchaus auch als ein positives Zeichen, nämlich als Ergebnis des rechten Abwehrkampfes gegen erreichte Verbesserungen, zum Beispiel beim veränderten Problembewusstsein gegenüber Antisemitismus oder erreichten Standards in der Erinnerung an die Shoah.

Doch zum einen entstand auch das Berliner Mahnmahl erst infolge jüdischer Kämpfe um die Erinnerung. Und zum anderen bleibt es, so David, „natürlich sehr ambivalent. Es ist einerseits gut, andererseits auch zynisch. Denn das Problem ist, dass dieses Selbstverständnis Grundlage eines neuen Patriotismus ist – Deutschland als Erinnerungsweltmeister.“ Auch die deutschen Jüdinnen und Juden werden dann nicht als Subjekte ernstgenommen, sondern haben vor allem die symbolische Funktion zu erfüllen, als Beweis für die Läuterung der deutschen Nation zu dienen (Czollek 2018).

Noch weiter unterstrichen wird die Diversität und Komplexität der Erinnerungen auch durch das Beispiel unseres Interviews mit einer Vertreterin der älteren Generation ostdeutscher Jüdinnen und Juden. Sie sah die Wende nicht wirklich als etwas Positives, da sie nicht gegen die DDR war, trotz ihrer Kritik an den realen Zuständen, und da klar war, dass damit das Ende des Sozialismus im ganzen Osten Europas besiegelt war. Andererseits war sie aber auch froh über die Wende, weil sie nun verwirkli-

chen konnte, was ihr in der DDR verweigert worden war: universitäre Forschung. Sie studierte nochmal drei Jahre, um sich mit dem Thema jüdisches Leben in der DDR zwischen Stalinismus und Antisemitismus zu habilitieren. Doch die Freude über die neue Freiheit währte nur kurz. Sie konnte ihr Forschungsprojekt trotz vorhandener Förderung nicht beenden, weil das Wissenschaftsministerium ihres Bundeslandes ihr erklärte, dass sie als ehemalige SED-Funktionärin nicht geeignet sei, in einem demokratischen Staat Forschung und Lehre zu treiben. So wurde sie also zunächst wieder arbeitslos. Dennoch beschrieb sie den weiteren Verlauf ihrer Biographie trotzdem positiv, weil sie nach diesem Bruch frei war und ohne weitere staatliche Einschränkungen jüdische Kulturinstitutionen aufbauen konnte.

Schon aus diesem Beispiel sprechen die komplizierten Verhältnisse von Ost- und Westperspektiven. Die jüngeren jüdischen Interviewpartner*innen verwiesen aber noch auf weitere Elemente dieses Verhältnisses. Gerade im Wechsel zwischen west- und ostdeutschen Studienorten machten sie verschiedene Erfahrungen von Ausschlüssen. So beschrieben auch sie die oben erwähnte Westignoranz, in deren normativem Blick ganz klar ist, dass das „normale“ Deutschland westdeutsch ist, zu dem der Osten nur dazu kommt. Demgegenüber war es nach Aussage mancher Interviewter oft schwer, in ostdeutschen Diskussionsrunden Raum zu finden für jüdische oder migrantische Perspektiven.

Jüdisch-migrantische Verwobenheiten in einer postmigrantischen Gesellschaft

Ein frühes Beispiel für die Gemeinsamkeit in der Betroffenheit, aber auch im Handeln, ist der Besuch von Ignatz Bubis und Michel Friedman 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Sie reisten als Repräsentanten des Zentralrats der Juden an den Ort der Pogrome gegen Migrant*innen, um ihre Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen. Und sie wurden dafür noch vor Ort – und antisemitisch – angefeindet (vgl. Axster, Berek 2020, S. 34-36).

Bei den von uns befragten jüngeren deutschen Juden und Jüdinnen laufen migrantische und jüdische Erfahrungen und Identitäten nicht selten in ein und derselben Person zusammen. Das deutsche Judentum ist mit der Zuwanderung der sogenannten Spätaussiedler aus der ehemaligen Domäne der Sowjetunion ein mehrheitlich migrantisches geworden. Und ähnlich wie im Fall der in Deutschland geborenen Kinder türkischer Migrant*innen, die ihr Leben lang von nichtmigrantischen Deutschen zu hören bekommen, dass sie nicht dazugehören würden, gibt sich diese Generation keinesfalls assimilationistischer Unterwerfung hin. So lehnte Dimitrij zunächst eine deutsche Staatsbürgerschaft ab: „Ich konnte das damals nicht. Ich bin halt in diesem Viertel aufgewachsen, wo Leute mit Deutschland- und Adler-Tätowierung mir Kippen auf dem Arm ausgedrückt, Knarren an den Kopf gehalten und mich umzubringen versucht haben. Da ging es mir nicht in den Kopf, mein Gesicht neben einem Bundesadler zu sehen.“

Für diese jüdische Generation ist Deutschland nach 1990 ganz klar eine postmigrantische, aber eben auch eine doppelt postnazistische Gesellschaft: die beiden 1949 gegründeten Staaten basierten auf dem Erbe des Nationalsozialismus und einer Bevölkerung, die den NS mit Leben erfüllt hatte. Und auch die Berliner Republik hat weiterhin an ganz verschiedenen Ecken mit diesem Erbe zu kämpfen. Für Hannah sind vier Elemente des Postnazismus in der Gegenwart wirksam: „die Vergangenheit als abgeschlossen zu betrachten, ein gewisses Maß an Empathielosigkeit, bestimmte Sprachformen, die Trennung von Opferperspektiven“.

Mit letzterem ist das als Opferkonkurrenz schon länger debattierte Phänomen angesprochen: in einem Moment Teil von ausschließenden Narrativen zu sein und im nächsten Moment von ihnen betroffen zu sein. Am Ende mündet dies darin, Antisemitismus- und Rassismuserfahrung gegeneinander auszuspielen (Litvak, Webman 2009; Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017, S. 205–207; Kamil 2019, S. 147). Dabei käme es darauf an, so David, „Antisemitismus und Rassismus

zusammen zu denken.“ Doch gegenseitige Ressentiments stünden dem im Weg, weil „Antisemitismus in bestimmten migrantischen Milieus ein großes Problem ist, und [...] Rassismus ein großes Problem ist, allgemein in Deutschland und auch in jüdischen Gemeinden.“

In der gleichermaßen gemachten Erfahrung des Othering und der Ausgrenzung liegt aber auch das Potenzial für gemeinsame Gegenwehr. Aus der gleichen komplexen Situation intersektionaler Verflechtung und der gleichen Kritik daran erwächst für Hannah die Forderung nach Allianzen der Marginalisierten:

„Eigentlich ist Allianzen-Bildung gar nicht so schwer. Man macht viel ähnliche Erfahrungen, z.B. der Veränderung und der Unsichtbarmachung. Und auch die Erfahrung komplizierter Positionierungen, dass man bspw. innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in seinem Bedürfnis, auch feministische Positionen vertreten zu wollen, nicht immer den Raum findet, und das wiederum nicht öffentlich anspricht, weil das immer auch die Gefahr einer merkwürdigen Kritik beinhaltet, die schnell antisemitisch werden kann – ähnliche Erfahrungen machen auch viele Leute, die von Rassismus betroffen sind, bspw. viele Muslime*a. Es gibt eine geteilte Ebene der Kritik und der Reflexion.“

Diese Solidarität zwischen den Vielen kann und muss aber durchaus auch auf die Mehrheit erweitert werden. So findet etwa Dmitrij:

„Wir alle müssen eine Allianz bilden. Also nicht nur Minderheiten, sondern alle Leute, die in einer freien Gesellschaft leben wollen, wo du nicht bedroht wirst, weil du aussiehst, wie du aussiehst, weil du liebst, wen du liebst [...] Deswegen finde ich es auch schwierig, wenn die Sachen verengt werden, im Sinne von: das muslimische Leben in Deutschland ist in Gefahr, das jüdische Leben in Deutschland ist in Gefahr. Ich denke, das Leben ganz vieler Menschen ist in Gefahr, wenn Faschisten sich bewaffnen können und losziehen und morden. Alle sind in Gefahr: Syrer, Muslime, Homosexuelle. Genauso wie in Leipzig-Grünau [in den 1990ern]: Alles, was nicht Nazi ist. Dieses Gemeinsame müssen wir meiner Meinung nach stärken. Ob es gegen Antisemitismus, Islamophobie oder Sexismus geht – letztendlich sind das alles Kämpfe, in denen es darum geht, dass Leute gerecht behandelt werden. Es ist eigentlich keine Raketenwissenschaft [zu erkennen], dass die Nazis nur klein zu kriegen sind, indem die Leute sich verbinden und sagen, lasst uns in Ruhe und lasst uns frei leben.“

Diese Interviews waren nur eine kurze Probebohrung in einem kleinen Teil unserer Zielgruppe. Aber sie machen deutlich, mit welcher Komplexität und Ambivalenz wir bei der weiteren Untersuchung von Zusammenhalt in Erzählungen zur Nachwendezeit zu rechnen haben. Das wäre die *inhaltliche* Komponente. *Methodisch* gäbe es noch mindestens genauso viel zu diskutieren: über die Position der Forschenden, wie Vertrauen hergestellt werden kann oder wie mit der Gefahr von Retraumatisierung im Interview umgegangen werden. Das wäre aber ein weiterer Text.

Literatur

Axster, Felix, und Mathias Berek. 2020. Zwischen Postnazismus und Post-Migration: Jüdische Perspektiven auf die Wende- und Nachwendezeit. Gespräche mit Max Czollek, Dmitrij Kapitelman, David Kowalski und

- Hannah Peaceman. In *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Hrsg. Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 33–67. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Bangel, Christian. 2019. #Baseballschlaegerjahre. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-11/rechte-gewalt-neonazi-twitter-erfahrungen-rechtsextremismus> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).
- Czollek, Max. 2018. *Desintegriert Euch!* München: Hanser.
- Forst, Rainer. 2020. Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, Hrsg. Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell, Frankfurt/New York: Campus.
- Foroutan, Naika, Frank Kalter, Coşkun Canan und Mara Simon. 2019. *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*. Hrsg. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Berlin.
- Gebauer, Ronald, Axel Salheiser und Lars Vogel. 2017. Bestandsaufnahme. In *Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven*. Hrsg. v. der Deutschen Gesellschaft e.V., 14–33. <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/publikation/online-publikationen/711-2017-ostdeutsche-eliten-online-broschuere.html> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).
- Gutsche, Elisa, und Pablo Dominguez Andersen. 2019. Anders erinnern: Für eine ost-migrantische Erinnerungspolitik. <https://www.ost-journal.de/anders-erinnern-fuer-eine-ost-migrantische-erinnerungspolitik> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).
- Hannemann, Raiko. 2019. Der ostdeutsche Citizen. Beobachtungen zu Tiefenstrukturen der Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf. *Generationen, Erfahrungen, Erkenntnisschranken. Sozialer Fortschritt* 68:701–730.
- Horst, Claire. 2017. *Alle Geschichten (er)zählen – Aktivierendes kreatives Schreiben gegen Diskriminierung*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Kamil, Omar. 2019. Verknüpfte Gedächtnisse: Zum Antisemitismus bei arabischen Migranten und Migrantinnen in Deutschland. In *Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft*, Hrsg. Volkhard Knigge und Sybille Steinbacher, 131–154. Göttingen: Wallstein.
- Kollmorgen, Raj. 2009. Umbruch ohne Revolution? Beitritt ohne Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mittelosteuropäischen Kontext. *Berliner Debatte Initial* 20:90–103.
- Lierke, Lydia, und Massimo Perinelli. 2020. Intro. In *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Hrsg. Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 11–31. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Litvak, Meir, und Ester Webman. 2009. *From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust*. London: Hurst & Company.
- Olschanski, Reinhard. 2015. *Ressentiment. Über die Vergiftung des europäischen Geistes*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Schulze, Heiner. 2019. Critical Westness: Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven. <https://www.ost-journal.de/critical-westness-unsichtbare-normen-und-westdeutsche-perspektiven/> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).
- Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus. 2017. *Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*. Hrsg. Deutscher Bundestag. Berlin. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).
- Zeit Online. 2019. Ost-West-Wanderung. Die Millionen, die gingen. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug> (Zugegriffen: 10. Jan. 2021).